

5. Sobald die deutschen Schiffe überliefert sind, soll der erste Gebrauch, welcher von den Schiffen gemacht wird, der Transport der deutschen Vorräte bis zu der oben angegebenen Höhe für die Periode bis zum 1. September sein.

6. Deutschland kann kaufen und importieren Nahrungsmittel innerhalb der oben angegebenen Grenzen von neutralen Ländern, welchen man falls nötig, gestatten werde, gleichwertige Quantitäten wieder einzuführen.

7. Es ist wohl verstanden, daß die Erklärungen der vereinigten Regierungen null und nichtig werden, falls Deutschland die Bestimmungen des Waffenstillstandes bricht oder irgendwie umgibt, seine Verpflichtungen betreffs Uebergabe der Handelsflotte durchzuführen.

Herr v. Praun erklärte, daß die deutsche Regierung diese Bestimmungen grundsätzlich als Basis einer befriedigenden Regelung annehme. In der Vollversammlung am 11. März wurden die oben angeführten Vereinbarungen einstimmig angenommen.

Rechnung Soltau über die Vorgeschichte des Krieges.

Professor Theodor Schiemann hat in einem Artikel der „Zeit, Rundschau“ vom 14. März unter dem Titel „Kaiser und Reichskanzler“ behauptet, daß der spätere Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg dem Kaiser Lufschloß vorentbiete, die von höchster Wichtigkeit waren und deren Verheimlichung es dem Kaiser unmöglich machte zu einem früheren Urteil über die Weltlage in der kritischsten Zeit zu gelangen, die Deutschland bedroht hat. Diese verheimlichten Tatsachen findet Prof. Schiemann in einer geheimen diplomatischen Korrespondenz aus den Jahren 1907 bis 1914. Damals fand sich ein Beamter der russischen Botschaft in London Herr, der deutschen Regierung regelmäßig die wöchentlichen Petersburg und London durch das Medium von Penelendorff und Zatonow (bezw. Neolow) hin- und hergehende Korrespondenz zu übermitteln. Diese Korrespondenz war meist russisch, und Prof. Schiemann wurde gebeten, sie ins Deutsche zu übersetzen. Das geschah von 1907 bis Ende Juli 1914, und wurde als tiefes Geheimnis behandelt. Es erfahren davon nur der Direktor der politischen Abteilung v. Stumm, der Unterstaatssekretär Zimmermann, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzler. Prof. Schiemann hatte sehr bald die Entdeckung, daß die wichtigsten Nachrichten dieser „geheimen Berichte“ dem Kaiser nicht vorenthalten werden durften und sprach den in Frage kommenden Herren seine Bedenken aus, stieß aber stets auf die gleiche Entgegnung, daß es nicht gehebe dürfe, da durch eine unvorsichtige Äußerung eine Entdeckung der Quelle und damit ihr Verschwinden zu erwarten sei. Prof. Schiemann führt zum Schluß seines Artikels aus, daß die Kenntnis dieser Korrespondenz bei besserem Gebrauch den Krieg rechtzeitig hätte verhindern können, und daß die Verantwortung hierfür den damaligen Reichskanzler treffe. Gegenüber diesen Behauptungen Prof. Schiemanns läßt nun Dr. v. Bethmann Hollweg durch das W. T. V. die folgende Antwort verbreiten:

„Auf den von Herrn Professor Schiemann beschriebenen Weg der Indiskretion mich zu begeben, ist mir, wie Sie verstehen werden, nicht möglich. Die Wissenschaft, die Herrn Professor Schiemann im Vertrauen auf seine Verschwiegenheit geworden ist, umfaßt nur einen, allerdings wichtigen Teil der diplomatischen Berichterstattung. Der Herr Verfasser irrt in der Behauptung, daß dem Kaiser irgendwelche für die Kenntnis der internationalen Lage wesentlichen Momente oder Tatsachen vorenthalten worden wären. In meinen Vorträgen und in den Vorträgen des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes ist dem Kaiser die Lage stets so geschildert worden, wie sie sich nach dem Ergebnis des gesamten Materials mit Einschluss geheimer Berichte darstellte. Der Kaiser ist in keinem Zeitpunkt über die Gefahren der gegenwärtigen Koalition im Zweifel gelassen worden und war selbst von dem von Jahr zu Jahr zunehmenden Ernst der

Lage tief durchdrungen. Daß mir persönlich der Gang zur Schöpfung fernlag, brauche ich kaum zu betonen. Wenn Herr Prof. Schiemann die Zulassung der Nordlandreise als unverantwortlich betrachtet, so überieht er, daß ungefähr um die gleiche Zeit auch ein besonders eifriges Mitglied der gegenwärtigen Koalition, der Präsident Poincaré, auf See war. Wie ein Gebrauch der geheimen Berichte England gegenüber in den Jahren 1911 und 1912 den Weltkrieg hätte verhindern können, sehe ich nicht. Herr Prof. Schiemann, der von der Festigkeit der Beziehungen innerhalb der Entente ein klares Bild hatte, mußte wissen, daß jeder Sprengungsversuch nur das Ergebnis weiterer Festigkeit gehabt haben würde. Er scheint auch zu übersehen, daß 1911 das Jahr der Lord-George-Rede, 1912 das Jahr des Grey-Cambonschen Briefwechsels gewesen ist. Der Gedanke des Präventivkrieges, der Herr Professor Schiemann anklingen läßt, hat allerdings allen für die Politik des Deutschen Reiches verantwortlichen Persönlichkeiten ferngelegen.“

Die Frage der Auslieferung Wilhelms II.

Hann. In der ersten Nummer erklärte Professor Weimann, er protestiere gegen jedes Eingehen der Regierung auf ein Gesuch um Auslieferung des früheren deutschen Kaisers, gleichgültig, wie diese Absicht motiviert sein würde. Der Justizminister antwortete, daß allein das Gesuch bei der Beurteilung eines derartigen Gesuchs entscheidend sein würde.

Für den wirklichen Völkerbund.

Am Sonntag veranstaltete in Berlin die Deutsche Liga für den Völkerbund eine öffentliche Kundgebung für den wirklichen Völkerbund. Reichsminister Erzberger eröffnete die außerordentlich zahlreich besuchte Kundgebung mit einer Rede, in der er unter anderem ausführte: Das deutsche Volk hat Wilson nahezu grenzenloses Vertrauen entgegengebracht. Die Völkerbundsakte des Präsidenten vom 16. Februar wird hoffentlich nicht verwirklicht, denn sie ist ein Kompromiß der reinen Ideen Wilsons mit imperialistischen Bestrebungen innerhalb der Alliierten. Abrüstung und gleichzeitige Isolierung hieße Deutschland der Schutzlosigkeit preisgeben. Die in der Völkerbundsakte vom 14. Februar vorgesehene Regelung der Kolonialfrage widerspricht dem Punkt 5 Wilsons. Wer es ehrlich mit dem Frieden meint, muß für Selbstverzicht die Abstinenz seiner Bevölkerung in vollster Freiheit fordern. Das Rheinland ist deutsch und will deutsch bleiben für alle Zeiten. Die Absichten Polens auf Danzig sind ein Verbrechen. Der Zugang zum Meer für die Polen läßt sich ohne Anexion dieser deutschen Stadt erreichen durch Neutralisierung direkter Wege unter der allgemeinen Friedensbürgschaft, wie Wilson am 22. Januar 1917 gesagt hat. Die unerhörten Schadenersatzforderungen der Entente sind unbegründet und abzulehnen. Wir sind nicht weniger schuld an Kriegen wie jedes andere Volk, das daran teilgenommen hat. England ist bereit, die Gefangenen herauszugeben, Frankreich nicht, vielleicht aus Furcht vor Enttillungen der Gefangenen über ihre schlechte Behandlung. Mit dem deutschen Volke hat die deutsche Regierung sich zum Rechtsfrieden und zu den 14 Punkten Wilsons bekundet. Wollen die Alliierten diese Basis verlassen und das Friedensinstrument über die 14 Punkte Wilsons hinaus mit neuen Bedingungen belasten, so wird die Nationalversammlung die Zustimmung zu einem solchen Frieden ablehnen müssen und die Entscheidung in die Hände des Volkes legen. Ein Referendum des deutschen Volkes muß dann die Entscheidung herbeiführen. Wie sie ausfallen würde, daran ist kein Zweifel. Das deutsche Volk hat schwere Opfer gebracht, aber es verliert seine nationale Ehre nicht. Es will keinen Serrichterplatz, aber Recht und Gleichberechtigung.

Als zweiter Redner sprach der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und Mitglied

der deutschen Nationalversammlung Karl Legien über dasselbe Thema. Der Völkerbund, wie ihn die Entente sich denke, dem wohl Serbien, Montenegro, Tschecho-Slowaken, aber keine Deutschen angehören sollten, sei kein Völkerbund, sondern eine Aktiengesellschaft der Sieger. An Stelle des Würburger Professors Walter Schöding, der von der Völkerbunds-Konferenz nicht rechtzeitig einzutreffen vermochte, hielt die dritte Ansprache das Mitglied der preussischen Landesversammlung, Universitätsprofessor Dr. Emil Abderhalden aus Halle. Sämtliche Redner erteilten reichen Beifall. Häufig wurden sie durch stürmische Zwischenrufe unterbrochen. Infolge des ungeheuren Andranges hatten Sprecher keinen Einlaß finden können. Es soll deshalb in den nächsten Tagen eine zweite Völkerbunds-Konferenz gegen den Gewaltfrieden abgehalten werden.

Ginspruch gegen die Erweiterung der Reichszuständigkeit.

Weimar, 17. März. Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung entspann sich heute im Anschluß an den von dem Unterstaatssekretär abgeänderten Antrag Koch-Staßel (Demokr.) zu dem Artikel 9 eine lebhafte Aussprache über die Zuständigkeit der Reichsregierung für die bisherigen Gebiete der Landesgesetzgebung. Geheimrat Wolfram erhob namens der Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg, Lübeck, Bremen und Hamburg Einspruch gegen die wesentliche Erweiterung der Reichszuständigkeit gegenüber dem bisherigen Zustande. Abg. Koch berichtete über die Teilung der einzelnen Gebiete in solche, auf denen die Reichsregierung allein maßgebend sein sollte, wo sie eingreifen kann, und solche, auf denen sie Grundrechte für die Landesgesetzgebung aufstellen kann, darunter nach § 9 Nr. 1 und 2 über die Rechte und Pflichten der Religionsgemeinschaften und das Schulwesen einschließlich der Hochschule. Reichsminister Dr. Preuß verlangte, wie die Erklärung der Einzelstaaten, daß eine künftige weitere Ausdehnung der Reichskompetenz nur unter den erschwerten Bedingungen der Verfassungsänderung erfolgen solle. Abg. Abt (Demokr.) sprach für unbeschränkte Zuständigkeit der Reichsregierung, während die Vertreter der anderen bürgerlichen Parteien und der süddeutschen Staaten den Standpunkt einnahmen, auf den Kulturgebieten müßten die Einzelstaaten freie Hand behalten und dem kirchlichen Leben mit den besonderen Verhältnissen der einzelnen Bundesstaaten könnten keine vom Reich aufgestellten Grundrechte aufgezwungen werden. Abg. Dr. Raumann (Demokr.) fragt, wie soll eine ewigkeitsdauernde Einheit möglich sein, wenn jeder Einzelstaat die Beziehungen zur Kirche anders regelt. Abg. Decker (Christl.) wünscht einheitliche Grundrechte vom Reich für das Verhältnis zwischen Kirche und Staat und Kirche und Schule, will sie aber beim Abschnitt „Grundrechte“ nochmals grundrätlich erörtern. Abg. Weerfeld (Soz.) betont seinen Standpunkt der Einheitschule und eines Reichsschulgesetzes und das Verlangen seiner Partei nach Trennung von Staat und Kirche. Der Vertreter Deutschösterreichs Dr. Hartmann betonte, ohne gemeinsame allgemeine Grundrechte könnte auch keine Freizügigkeit für Schüler und Lehrer bestehen. Die Einheitschule könne nur auf reichsrechtlichem Wege durchgeführt werden. Nach weiteren Ausführungen verschiedener Redner sprach Abg. Gröber (Zentr.) über die Erhaltung des historisch gewordenen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Die Ziffern 1 und 2 in Artikel 9 wurden mit den Stimmen der Demokraten und der sozialdemokratischen Partei unverändert angenommen, ebenso 9b und 9c.

Die Wiedereröffnung des hannoverschen Landtags.

München, 17. März. Der Wiederzusammentritt des hannoverschen Landtages nach den letzten Wahlen verlief, allen gegenteiligen Besirchtungen zum

Rosenmontag.

Weimar, 14. März.

Wie gut hatten es doch die Reichsboten dereinst. Wenn die Fastnacht nahte, dann nahmen sie ihre Freifahrtkarte und einen der vielen D-Büge, dann fuhren sie hinter ihrem Rücken nach Köln a. Rh. Wenn der Rosenmontag vorbei war, kehrten sie mit leichtem Beutel und schönen Erinnerungen nach Berlin zurück. Sie brauchten weder Reisepässe ins besetzte Gebiet noch Proskarten. Sie brauchten nur Urlaub vom Herrn Präsidenten. Für wichtige Familienangelegenheiten. Aber selbst den sollen manche nicht erst sehen bekommen. Die Mädchen im Städtchen. Die wür-

Das überdachte ich mit der mir eigenen Melancholie, als wir am Faschingsmontag nach Jena fuhren. Das Kartell Sugambria hatte die alten Herren der I. V. zu einer „Fastnachtsfeier“ eingeladen. Ich sehe förmlich die beredigte Entrüstung des Lesers. Ich weiß, daß wir noch keinen Frieden, schwere Ernährungsfragen, schmählische Waffenstillstandsbedingungen, Generalstreiksversuche und den mit Recht beliebten Spartakus im Lande haben. Aber ich hätte mir auch von vornherein vorgenommen, auf keinen Fall als betrunkene Maske vor einer amerikanischen Friedenskommission auf der Straße Drostep zu tanzen. Erstens, weil ich das jetzt nicht schick, zweitens, weil ich gar nicht Drostep tanze, drittens, weil man mir aus Jena auf besorgten Anruf hin versichert hatte, daß von Maskerade und Ausgelassenheit keine Rede sein würde. Es handelte sich nur um einen höchst soliden, gut bürgerlichen Familienabend, gegen den weder der Arbeiter- und Soldatenrat, noch der Direktor begründete Einwendungen erheben könnte. Das schlug durch. Wir sollten also den Damenklub von Jena zu sehen bekommen. Die Mädchen im Städtchen. Die würdigen Mütter. Schließlich würde man die katholischen Akademikerfreize der Mufensstadt in der Diaspora kennen lernen. Also brechen wir die damals effektive Blockade von Weimar durch Spartakus auf dem einzigen möglichen Wege.

Meister Gottfried von Straßburg sagt ja: „Niemand taugt ohne Freude.“

Auf dem Bahnhof in Jena erwartet uns ein netter Inaktiver aus Keiße. Ich kenne dich, alter Schwede. Auf unsere erstaunte Frage, wo die weißgekleideten Ehrenjungfrauen wären, antwortet er ausweichend. Die „Studiker“ wären noch bei Tisch in der „Sonne“. Das ist ein schönes Lokal am Markt. Napoleon I. hat dort einmal gewohnt. 1806. Also gehen wir hin. Die Herren haben gerade gespeist. Für 1.50 M. im Abonnement, Suppe und einen Gang. Die geehrten Herren Eltern ersehen daraus, daß es sich schon aus Sparmaßregeln Rücksicht empfindet, Sparfüße zur Sugambria zu schicken. Aus anderen Gründen erlaßt. Ich dachte mit Otto Julius Bierbaum: „Als Studien, da hat man's leicht.“ Wenigstens in Jena. Wir Gesetgeber und einzigen Souveräne bezahlen in Weimar für dasselbe Essen 5 M. oder 5.50 M. Der Senior, ein zielbewusstes fünftes Semester (mit Monokel) begrüßt die Jüngerer im Namen der Jüngung. Als Willkommen wird Kaffee gereicht, von dem man kein Herzklöpfen bekommt. Das soll man sich für den Abend aufsparen, wenn der „Stammbetrieb“ beginnt. Der blüht in Jena. Im Kartellverbände meinen zwar manche, der wäre schon so entwickelt, daß er keiner besonderer Pflege mehr bedürfe. Aber das sind Mögler. Sie sitzen zumeist in den älteren Verbindungen. Sie verkennen die Zeit und wissen nichts vom Regierungsprogramm. Dort heißt es ausdrücklich: Gesteigerte Heranziehung der Frauen auf allen Gebieten. Und Sugambria steht mit beiden Füßen auf dem Boden der Mehrheitsparteien.

Der alte Schwede schlägt vor, nach dem Fuchskurum zu pilgern. Mir ist es sehr recht. Ein Fuchsklein vom Eichsfeld will auch mitgehen. Aber nur bis 6 Uhr, dann wäre Langstunde. Auf meine Frage, wie die Langdamen wären, errötet der Kleine bestig. Vorläufig tanzen die Herren noch allein, erst am 15. beginnen die gemeinsamen Übungen. Na schön, würde mein Freund Berggeist sagen. Also los!

Der Weg führt über die Saale im Tale, an der „Lanne“ vorbei, wo vor mehr als 100 Jahren die Deutsche Burgenenschaft gegründet wurde, wo Goethe den „Erlkönig“ dichtete. Dann muß man, nicht lange zwar, aber stark steigen, wenn man zu den Burgen auf den Bergen will. Wir schreiten rüstig vorwärts. Die Kartellbrüder erzählen, was es für „merkwürdige Schieße“ in Jena gäbe. Sie sprechen beide sächsisch. Der Eichsfelder aus Heimatsgefühl, der Schlesier aus Gewohnheit. Er liebt Jena. Es ist auch ein liebes Nest. Seine Adoptivheimat. Die Studiker arbeiten jetzt schon in jüngeren Semestern. Sogar in Zwischensemestern. Und erst die Damen. Da wäre eine Mathematikerin; die hätte mit ihren 10 Semestern schon Preisausgaben gelöst und gerade jetzt etwas ganz Neues aufgeklopelt. Ich höre ergriffen zu. Ich hatte in der Mathematik immer nur Achtungserfolge. Aber ich freue mich der Beglückung, mit der er erzählt. Ich glaube, ich kenne dich, alter Schwede. Das war vor 50 Semestern auch so. Nur gab es damals noch keine Mathematikerinnen.

Jetzt sind wir oben. Auf dem Burghof ein Denkstein. Unter dem Medaillon von Bismarck die Worte:

Dem Kanzler Ehre, Ruhm und Lob,  
Der Deutschland aus dem Staub hob.  
1815. 1915.

Zum 100. Geburtstag. Was würde er sagen, wenn er wüßte? Zwanzig Jahre nach seinem Tode wollte er aufstehen, um zu sehen, was aus seinem Werke geworden sei.

Wir klettern die 115 Stufen des Turmes empor. Von oben herrliche Aussicht. Links das berühmte Bierdorf Piegenshain mit seinen Knoten und Knotenstöcken, dann Wöllnitz mit seinen Vierstaatsausflügen. Die Stadt Jena ist teilweise durch den Burgberg verdeckt. Um so besser sieht man die Höhen, den Jenzig, den Landgrafenberg, die Bismarckwarte, das weite Schlachtfeld. In weiter Ferne blauen die Berge um Ilmenau, der In'selberg, die Rhön. Hinter uns liegt das kleine Ländchen Altenburg mit seinen Reigen.